



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Personenfreizügigkeit und Arbeitsbeziehungen
Arbeitsmarktaufsicht

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

Änderung der Verordnung über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – Erhöhung der minimalen Kontrollvorgaben

Bern, August 2017

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	3
2	Vernehmlassungsverfahren	3
3	Zusammenfassung der Ergebnisse	4
3.1	Ergebnisse bei den Kantonen.....	4
3.2	Ergebnisse bei den Parteien, Verbänden und weiteren Vernehmlassungsteilnehmenden.....	4
3.3	Argumente der Befürworter.....	4
3.4	Argumente der Gegner	4

1 Ausgangslage

Am 23. November 2016 hat der Bundesrat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, bis Ende Februar 2017 eine Änderung der Entsendeverordnung (EntsV) vorzubereiten und anschliessend in die Vernehmlassung zu geben. Die EntsV sieht in Artikel 16e vor, dass die mit dem Vollzug von Gesamtarbeitsverträgen betrauten paritätischen Organe und die mit der Inspektionstätigkeit beauftragten kantonalen tripartiten Kommissionen insgesamt 27 000 Kontrollen pro Jahr durchführen müssen. Neu sollen die vorgesehenen Kontrollen um rund 30 Prozent auf 35'000 erhöht werden. Mit einer Erhöhung würde eine ausreichende Kontrolldichte sichergestellt, ohne gleichzeitig das Ziel eines risiko-basierten Kontrollansatzes und einer stetigen Verbesserung der Kontrollqualität zu gefährden.

Die Vernehmlassung wurde am 28. Februar 2017 durch das WBF eröffnet und dauerte bis am 26. Mai 2017. Der vorliegende Bericht hält die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens fest.

2 Vernehmlassungsverfahren

Insgesamt sind 49 Stellungnahmen eingegangen, die sich wie folgt zusammensetzen:

- 27 Stellungnahmen von den Kantonen:
 - 26 kantonale Regierungen
 - Verband Schweizerischer Arbeitsämter (VSAA)

- 6 Stellungnahmen von gesamtschweizerischen Dachverbänden der Wirtschaft:
 - Kaufmännischer Verband Schweiz (kfmv)
 - Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV)
 - Schweizerischer Bauernverband (sbv)
 - Schweizerischer Gewerbeverband (sgv)
 - Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)
 - Travail.Suisse

- 11 Stellungnahmen von Branchen- und anderen Verbänden:
 - Centre Patronal
 - Commission professionnelle paritaire pour le secteur du nettoyage pour la Suisse romande (CPPREN)
 - Fédération des Entreprises Romandes (FER)
 - Gewerbeverband Basel-Stadt
 - Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband (suissetec)
 - Schweizerische Paritätische Berufskommission Holzbau (spbh)
 - Schweizerischer Baumeisterverband (SBV)
 - Schweizerischer Städteverband (SSV)
 - Verband Schweizerischer Isolierfirmen (ISOLSUISSE)
 - Verband Schweizer Gemüseproduzenten (VSGP)
 - Wirtschaftskammer Baselland

- 5 Stellungnahmen von politischen Parteien:

- Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz (CVP)
- FDP. Die Liberalen
- Grüne Partei der Schweiz (GPS)
- Schweizerische Volkspartei (SVP)
- Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)

3 Zusammenfassung der Ergebnisse

Gesamthaft betrachtet halten sich die Zustimmung und die Ablehnung der Anpassung ungefähr die Waage. Insgesamt sprechen sich 21 Vernehmlassungsteilnehmende für die Heraussetzung der Mindestkontrollzahl in der EntsV aus, 24 Vernehmlassungsteilnehmende lehnen dies ab. 4 Vernehmlassungsteilnehmende äussern sich in neutraler Weise zum Vorhaben.

3.1 Ergebnisse bei den Kantonen

Bei den Kantonen ergibt sich folgendes Bild: 12 Kantone (AG, BE, FR, GE, JU, LU, NE, SO, TG, TI, VD, VS) äussern sich positiv zur Vorlage während sich 11 Kantone (AI, AR, BS, GR, NW, OW, SG, SZ, UR, ZG, ZH) dagegen aussprechen. 3 Kantone (BL, GL, SH) bleiben in dieser Frage neutral. Sämtliche lateinisch-sprachigen Kantone (FR, GE, JU, NE, TI, VD, VS) unterstützen dabei das Vorhaben des Bundesrates. Eine einheitliche Meinung aller Grenz- oder Binnenkantone ist demgegenüber nicht auszumachen. Festzuhalten ist auch, dass sich verschiedene Kantone zwar positiv zur Vorlage äussern, gleichzeitig aber festhalten, dass in ihrem eigenen Kantonsgebiet nicht mehr Kontrollen nötig sind.

3.2 Ergebnisse bei den Parteien, Verbänden und weiteren Vernehmlassungsteilnehmenden

Die SP, die Grünen sowie die Arbeitnehmerverbände (SGB, Travail.Suisse) unterstützen die Vorlage, bedauern aber gleichzeitig, dass die Erhöhung nicht grösser ausfällt (bis zu 50'000 Kontrollen werden gefordert). Eine Minderheit der Arbeitgeberverbände und weitere Vernehmlassungsteilnehmende (Centre Patronal, FER, CPPREN, SSV, kfmv) äussern sich positiv zur Vorlage und unterstützen diese.

Demgegenüber lehnen die CVP, die FDP, die SVP sowie die Mehrheit der Arbeitgeber- und Branchenverbände (SAV, sgv, SBV, ISOLSUISSE, sbv, spbh, suissetec, VSGP, Gewerbeverband Basel-Stadt, Wirtschaftskammer Baselland) die Vorlage klar ab und plädieren für ein Belassen der gegenwärtig festgeschriebenen Zahl von 27'000 Kontrollen pro Jahr.

3.3 Argumente der Befürworter

Die Befürworter argumentieren v.a. mit der gestiegenen Zahl der Kurzaufenthalter und der Grenzgänger in den vergangenen Jahren. Mittels Erhöhung der Anzahl Kontrollen in der EntsV könne auf diese Tatsache reagiert werden und ein Signal gesendet werden (BE, FR, GE, GL, JU, LU, NE, SO, TI, VD, VS, CP, CPPREN, FER, kfmv, Travail.Suisse).

Andere Befürworter bringen vor, dass das Kontrollniveau heute ganz allgemein zu tief ist und deshalb noch oben angepasst werden muss, damit die Lohn- und Arbeitsbedingungen effektiv geschützt werden können (GPS, SGB, SP).

3.4 Argumente der Gegner

Die Gegner der Vorlage bringen hauptsächlich zwei Argument vor: Erstens sei die Qualität der Kontrollen wichtiger als die Quantität. Insbesondere die anstehenden Qualitätssteigerungen seien bereits mit erheblichem Aufwand verbunden, weshalb auf eine Erhöhung der Anzahl Kontrollen und damit zu einem weitergehenden Mehraufwand zu diesem Zeitpunkt zu verzichten (BL, GR, NW, SG, ZH, SBV).

Zweitens würde die Erhöhung der Anzahl Kontrollen in einem gewissen Widerspruch zum Ziel der risikobasierten Kontrollen stehen: Die Erhöhung der Kontrollzahl würde sich nicht mit der gleichzeitigen Anpassung der Kontrollstrategie in Richtung der risikoexponierten Bereiche vertragen resp. dieser in gewissem Masse zuwiderlaufen (SZ, UR, ZH, FDP, SAV, SBV, sgv, Wirtschaftskammer Baselland).

Als weiteres Argument wird auch vorgebracht, dass die Kontrolldichte heute bereits ausreichend hoch und eine Erhöhung damit überflüssig sei, resp. dass eine reine Erhöhung der Mindestkontrollzahlen keinen erkennbaren Nutzen hätte (AR, OW, ZG, CVP, sbv, SVP, VSGP).

Andere Vernehmlassungsteilnehmende sind der Meinung, dass immer weiter vom ursprünglichen Zweck der Entsendegesetzgebung abgerückt werde, was zu Lasten der paritätischen Kommissionen sowie der Schweizer Betriebe gehe, resp. dass die zusätzlichen Kontrollen Entsandte erfassen sollten (GL, SG, ISOLSUISSE, SAV, spbh, suissetec).